

Ergebnisprotokoll
der 32. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung,
Energie und Landwirtschaft vom 20.09.2018

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 15:40 Uhr

Anwesende: I Deputation

1. vom Senat

Herr Staatsrat Meyer
Herr Staatsrat Deutschendorf

2. von der Bürgerschaft

SPD-Fraktion

Herr Hamann
Frau Sprehe
in Vertretung für Herrn Crueger
Frau Schiemann
Herr Pohlmann

CDU-Fraktion

Herr Strohmann
Frau Neumeyer
in Vertretung für Herrn Imhoff
Herr Schwarz

**Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Saxe
in Vertretung für Herrn Saffe
Frau Dr. Schaefer

Die Linke

Herr Janßen

FDP-Fraktion

Herr Schomaker

II Verwaltung

Frau Prof. Dr. Reuther
Frau Rüpke
Frau Kamp
Herr Polzin
Herr Viering
Herr Runge
Herr Dr. Vogt
Herr Hürter
Herr Koch
Frau Haubold
Herr Löwer
Herr Dr. Kountchev
Herr Dr. Zöllner
Herr Wolf
Frau Brix
Herr Bludschun
Frau Kulmann
Frau Cordes
Frau Zimmermann
Frau Pieper

Der Senator für Umwelt, Bau und
Verkehr

Amt für Straßen und Verkehr

III Gäste

Herr Kück	DEGES
Herr Dr. Zierke	

IV Gastdeputierte

Herr Bücking	Fraktion B´90/Die Grünen
Herr Scharf	CDU-Fraktion
Herr Buchholz	FDP-Fraktion
Frau Bernhard	Fraktion DIE LINKE

Herr Pohlmann begrüßt die Mitglieder und Gäste der 32. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
-------	-------------------------------------	--

Es gibt eine **Austauschseite (Karte) zu TOP 8** „Geplanter Erlass einer Landschaftsschutzgebietsverordnung im Ortsteil Horn-Lehe (Umgebung Uniwildnis) der Stadtgemeinde Bremen“.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

TOP 2	Genehmigung von Protokollen <ul style="list-style-type: none">• Protokoll 19/31 der staatlichen Sitzung am 23.08.2018	
-------	---	--

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.

Einstimmig

TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft sowie der Bremischen Bürgerschaft -02-	L/S
-------	---	-----

Frau Sprehe kritisiert, dass Berichtswünsche immer wieder weiter verschoben werden. Z.B. die Ziffern 13 und 36 der Liste. Sie bitte darum, dass künftig in solchen Fällen die Fragestellenden eine Information mit Begründung oder zumindest eine Zwischennachricht erhalten.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

TOP 4	Sitzungstermine der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft für das Jahr 2019	Vorlage 19/481 L/S
-------	--	--------------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) stimmt den aufgeführten Terminvorschlägen zu.

Einstimmig

TOP 5	Erste Verordnung zur Änderung der Kostenverordnung für das amtliche Vermessungswesen und die Gutachterausschüsse für Grundstückswerte nach dem Baugesetzbuch	Vorlage 19/491
--------------	---	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) stimmt dem vorgelegten Entwurf der Erste Änderung der Kostenverordnung für das amtliche Vermessungswesen und die Gutachterausschüsse für Grundstückswerte nach dem Baugesetzbuch zu.

Einstimmig

TOP 6	Produktgruppencontrolling (Produktplan 68 –Umwelt, Bau, und Verkehr–) mit Stand Juni 2018	Vorlage 19/486 L/S
--------------	--	------------------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht über das Produktgruppencontrolling zur Kenntnis.

TOP 7	„Zustandserfassung privater Kanäle“ Evaluation 2018 und Fortsetzung des Förderprogramms	Vorlage 19/477
--------------	--	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt die Evaluation zur Kenntnis und stimmt der Verlängerung des Förderprogramms „Zustandserfassung privater Kanäle“ bis zum 31.12.2021 vorbehaltlich der jährlichen Freigabe der Mittel aus der Abwasserabgabe und Wasserentnahmegebühr durch die Fachdeputation zu.

Einstimmig

TOP 8	Geplanter Erlass einer Landschaftsschutzgebietsverordnung im Ortsteil Horn-Lehe (Umgebung Uniwildnis) der Stadtgemeinde Bremen	Vorlage 19/495
--------------	---	-------------------

Herr Pohlmann weist auf die vorliegende Austauschseite (Karte) hin.

Herr Janßen möchte wissen, weshalb ein Bereich des Campingplatzes ausgenommen ist und ob dort insgesamt eine Wohnbebauung ausgeschlossen sein werde.

Herr Hürter erläutert, dass in den Landschaftsschutzgebietsverordnungen üblicherweise das Dauercampen verboten werde. Daher sei dieser Bereich ausgenommen, ebenso der Bereich der künftigen Feuerwache.

Herr Staatsrat Meyer führt aus, dass in den Listen des Ressorts mit potentiell bebaubaren Flächen keine in der Nähe des geplanten LSG liege.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) stimmt der Einleitung des

Verfahrens zum Erlass einer Landschaftsschutzgebietsverordnung im Bereich des Ortsteils Horn-Lehe (Umgebung Uniwildnis) der Stadtgemeinde Bremen zu.

*Zustimmung
bei Enthaltung der Fraktionen der CDU und der FDP*

TOP 9	Neufassung der Richtlinie für die Planung und Durchführung von Bauaufgaben (RL BAU)	Vorlage 19/455
--------------	--	-------------------

Herr Strohmann vermisst die Aufnahme der Planung im Building Information Modelling (BIM) in die RL Bau. Wenn man das Thema Digitalisierung ernst nehme, müsste man hier vorangehen. Dann wäre das gut in der RL Bau aufgehoben. Die Nutzung des BIM könnte bei künftigen Hochbauten in der Stadt zu einer Kosteneinsparung führen.

Herr Janßen legt Wert auf das Portfoliomanagement, um auszuschließen, dass städtische Flächen veräußert werden, die für die Stadtentwicklung, gerade unter dem Stichwort Kita, dringend gebraucht werden könnten. In der vorgelegten Ausgestaltung könne nicht abgesichert werden, dass Veräußerungen nicht mehr stattfinden können. Seine Fraktion werde sich analog des Abstimmungsverhaltens in der Wirtschaftsdeputation enthalten, weil der Punkt Portfoliomanagement in der RL Bau etwas zu zögerlich angepackt werde.

Beschluss:

- 1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt die Senatsvorlage zur Neufassung der RL Bau zur Kenntnis.*
- 2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) stimmt der Neufassung der RL Bau zu.*

*Zustimmung
bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE*

TOP 10	Anbindung des Überseehafengebietes in Bremerhaven an die BAB 27 (Ausbau der Cherbourger Straße) – Anpassung der Projektfinanzierung wegen Kostensteigerungen und Projektverzögerungen – Hier: Information zum Finanzierungsanteil des Vereins Hafenanbindung Bremerhaven e.V.	Vorlage 19/503
---------------	---	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt die aktuelle Entwicklung in den Vertragsanpassungen mit dem Verein Hafenanbindung Bremerhaven e.V. und die Anpassung der Landesbürgerschaft zur Kenntnis.

Einstimmig

TOP 11	Beauftragung der DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH mit der weiteren Planung und Durchführung einer Ertüchtigung der Brücke über die Weser im Zuge der BAB A1 (BW 3424-1)	Vorlage 19/505
---------------	---	-------------------

Frau Sprehe weist darauf hin, dass die Zuständigkeit für die Autobahnen absehbar zur Bundesfernstraßengesellschaft wechseln werde. Selbst mit der vorgesehenen Ertüchtigung werde für diese Brücke nur eine Lebensdauer von 12 Jahren angesetzt. Sie gehe davon aus, dass die Planungen für einen Neubau entsprechend rechtzeitig begonnen werden.

Herr Janßen fragt nach dem Stand der Verhandlungen mit dem Bund zur Bundesfernstraßengesellschaft und ob die Deputation in einen Entscheidungsprozess eingebunden werde.

Herr Staatsrat Deutschendorf erklärt, dass zeitgleich zur Ertüchtigung, um die Brücke unter Verkehr zu halten; auch schon die Vorbereitungen für die Planung des Neubaus anlaufen. Es sei im Oktober eine Senatsbefassung geplant, in der der Übergang auf die Bundesfernstraßengesellschaft behandelt werden solle. In diesem Zusammenhang werde auch die Deputation informiert werden.

Herr Janßen hält es für angebracht, dass bei einer Entscheidung, die eine Weichenstellung für die nächsten Jahre betreffe, vor einer abschließenden Senatsbefassung auch ein Austausch dazu in der Deputation stattfinde und nicht nur eine nachträgliche Information.

Herr Staatsrat Deutschendorf weist darauf hin, dass eine Senatsbefassung formell ausreichend sei. Er wolle aber einer Diskussion nicht aus dem Weg gehen.

Herr Dr. Kountchev führt aus, dass die Übertragung der Autobahnen bereits im Gesetz festgelegt sei. Dieser Prozess werde mit dem Bund organisiert. Optionen bestehen in Bezug auf die Übertragung der Bundesstraßen. Die Abstimmung dafür werde im Rahmen der üblichen Gepflogenheiten in Bremen erfolgen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zu Kenntnis.

TOP 12	Berichte der Verwaltung	
TOP 12a	Entwicklung der CO₂-Emissionen im Land Bremen	BdV schriftlich

Herr Staatsrat Meyer stellt fest, dass für 2015 eine Minderung der CO₂-Emissionen um 13,6 % erreicht wurde. Damit werde man das Minderungsziel von 40% bis 2020 nicht erreichen. Das Klimaschutzprogramm von 2009 habe zahlreiche Maßnahmen vorgeschlagen, die umgesetzt wurden. Die Annahmen von 2009 wurden zum Teil übertroffen: Bremen sei besser im Ausbau der Windenergie und deutlich besser im Ausbau der Solarenergie als 2009 angenommen. Der Fahrradverkehr wurde verbessert, ein Wärmedämmungsförderprogramm umgesetzt, die Freie Hansestadt Bremen beziehe Ökostrom und habe eine eigene Energierichtlinie, die energiekonsens biete Weiterbildung, Beratungen, Energiechecks an, man habe die Effizienztsche bei den Unternehmen, Klimaschutzbetriebe werden ausgewiesen und es gebe die Partnerschaft Umwelt Unternehmen. Alle wesentlichen harten und soften Maßnahmen aus dem Programm von 2009 wurden umgesetzt. Trotzdem bleibe man bei 13,6% Minderung. Das Institut PROGNOSE habe analysiert, woran dies gelegen habe. Im Wesentlichen gebe es drei Gründe: Die Bevölkerung habe mehr Endenergie verbraucht. Dieser Bereich sei für die Kommune nicht beeinflussbar. Vor allem aber habe das Gutachten 2009 im Lichte der Finanzkrise ein negatives Bevölkerungswachstum und ein flaches Wirtschaftswachstum für Bremen angenommen. Tatsächlich sei die Bevölkerungszahl gestiegen und das Wirtschaftswachstum weiche um 6,5% nach oben von der Prognose ab. Die dritte treibende Kraft bei den CO₂- Emissionen sei die Abfallverbrennung. Die Anlage im Bremen habe aus mehreren Staaten, vor allem aus England Abfall angezogen, der hier verbrannt werde und diese Emissionen fallen dann im Bundesland Bremen an. Das Ziel von 40% CO₂- Minderung sei dennoch richtig. Das zeige gerade der letzte Dürresommer und die erreichten 13,6 % zeigten auch, dass man CO₂ einsparen könne. Es zeige aber auch, dass für eine Kommune der Handlungsbereich sehr, sehr begrenzt sei und vor allem begrenzter, als man 2009 angenommen habe. Der größte Hebel in Bremen, aber auch im Bund, wäre der Ausstieg aus der Kohleverstromung. Da die Kommune Bremen keine eigenen Kraftwerke besitze, sondern diese hier einem Privaten gehörten, seien die

Möglichkeiten im regulatorischen Bereich das Abschalten der Kohlkraftwerke voranzutreiben eher Null.

Herr Janßen findet das Ergebnis unbefriedigend. Es weiche deutlicher vom Zielpfad ab, die Klimaschutzlücke sei größer als in dem Berichtsjahr davor. Das sei problematisch. Die Zeit laufe davon. Die CO₂-Emissionen aus der Abfallverbrennung haben enorm zugenommen, darüber war auch schon in der Bürgerschaft debattiert worden. Natürlich sei die Abfallverbrennung als energetische Verwertung gegenüber einer Deponie zu bevorzugen. Aber nach wie vor stagnierten in ganz Deutschland die Recyclingquoten. Die Abfallverbrennung sei nicht der Weg, wie mit den Abfällen langfristig umgegangen werden sollte. Und sie erhöhe die CO₂-Emissionen auch in Bremen. Insgesamt erfordere die Minderung der CO₂-Emissionen entschlossene Pläne. Gerade auch in der Verkehrspolitik seien Möglichkeiten vorhanden, ebenso beim Kohlausstieg. Hier müssten größere Sprünge gemacht werden. Außerdem müsse endlich eine Fortschreibung des KEP vorgelegt werden, mit neuen Zielzahlen bis zum Jahr 2030. Er möchte wissen, wann diese Fortschreibung vorgelegt werde und was Bestandteil einer Fortschreibung sein könne, außer einer Fortschreibung der Maßnahmen, die man sowieso schon habe und die nicht das Ziel erfüllten, die Klimaschutzziele zu erreichen.

Frau Dr. Schaefer problematisiert die Betrachtung in einem zwei-Städte-Land mit engen Grenzen, ohne das Umland einzubeziehen. Das mache sich bei der Abfallverbrennung fest. Wenn der Abfall aus dem ganzen Umland mitverbrannt werde, sei das global betrachtet gut, wenn die Verbrennung in einer modernen und effizienten Müllverbrennungsanlage hier in Bremen erfolge. Aber es sei schlecht für die Statistik. Das gleiche gelte für die Stahlwerke, auch wenn sie hier ausgenommen seien. Auch hier sei es besser, in einem effizienten, modernen Werk in Bremen zu produzieren, als an andere Stelle unter deutlich schlechteren Umweltstandards. Aber die CO₂-Emissionen fallen dann in Bremen an. Die größten CO₂-Emittenten seien die Kohlekraftwerke. Diese müssten bis 2023 vom Netz. Es gebe Berechnungen, dass dies zu einer Einsparung von 30% CO₂ führen würde. Aber auch im Verkehrsbereich könnte man mehr tun. Klimaschutzanpassungsmaßnahmen seien teuer, daher sei es am Ende deutlich teurer, wenig für den Klimaschutz zu tun.

Herr Saxe ist enttäuscht darüber, dass die Emissionen im Verkehrsbereich seit Jahren stagnierten. Dies hänge auch damit zusammen, dass die Emissionen, die durch geringeren Verbrauch der neueren Modelle eingespart werden, durch größere Modelle wiederum ausgeglichen würden. Hinzu komme, dass die Zahl der Zulassungen weiter steige. Es werde immer von der Gleichberechtigung der Verkehrsarten oder einer Verkehrswende geredet, er werbe sehr dafür, dies auch zu praktizieren. Solange in den Radverkehr 9,32 € investiert werde und gleichzeitig in den Autoverkehr 156 €, wie in der Studie der Uni Kassel ermittelt, brauche man sich nicht zu wundern, wenn der Verkehrsbereich stagniere.

Herr Staatsrat Meyer berichtet, dass geplant sei, die Fortschreibung des KEP bald vorzulegen. Es bleiben nicht viele Maßnahmen, die nicht bereits durch die Stadt umgesetzt wurden. Am Ende gehe es darum, aus der Kohleverstromung auszusteigen.

Frau Dr. Schaefer betont, dass Abfallvermeidung ganz oben stehe, dann Recycling und dann erst die Verbrennung, die thermische Verwertung. Den Abfall zu verbrennen, sei immer noch besser, als ihn zu deponieren. Die Bilanz könne noch verbessert werden, wenn der Fernwärmeausbau weiter vorangebracht werde. Dies sei ein Beitrag zum Klimaschutz in Bremen, der viel bringen würde.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 12b	Begleitmaßnahmen für den Bau des BA 2/2 der A 281: Sanierung Kornstraße / Kirchweg und Ausbau Habenhauser Brückenstraße	BdV schriftlich L/S
----------------	--	-------------------------------

Herr Saxe hält es für höchst ärgerlich, dass der Straßenraum ein paar Jahren nach einer Maßnahme von hanseWasser erneut aufwendig saniert werden müsse. Bereits 2014 habe es Beschwerden der Anwohner über die Qualität der hanseWasser- Baumaßnahme gegeben. Damals hätte man prüfen können, ob die Mängel unter die Gewährleistung fallen. Künftig sollte darauf geachtet werden, dass so etwas nicht wieder passiert.

Frau Sprehe möchte wissen, wie sich der Beirat Obervieland zur Maßnahme an der Habenhauser Landstraße geäußert habe. Sie gehe davon aus, dass die Ertüchtigungsmaßnahmen im Bereich Kirchweg und Kornstraße den erforderlichen Umfang haben werden, den die Anwohner dort forderten und der notwendig sei.

Herr Dr. Zierke berichtet, dass der Beirat Obervieland grundsätzlich zugestimmt habe. Darüber hinaus habe er weitere Maßnahmen gefordert: den weiteren Ausbau Erdbeerbrücke, die Verbreiterung des Abschnittes zum Zubringer Arsten, die Erweiterung der Bereiche in den Knotenpunktanbindungen in die Habenhauser Landstraße und zusätzlichen Schallschutz im Bereich Habenhausen zu schaffen. Alle vier Maßnahmen stünden in keinem Bezug zur hier behandelten Maßnahme und werden daher nicht in diesem Zusammenhang abgewickelt

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 12c	Landesprogramm Investitionspakt Soziale Integration im Quartier 2018 – 2020 Hier: Information über das geplante Projekt in der Stadtgemeinde Bremen und über die geplanten Projekte in Bremerhaven	BdV schriftlich
----------------	--	--------------------

Frau Brix weist auf einen Fehler in der Anlage zum Jahr 2019 hin. S. 5, Zeile 4, 5 und die Gesamtsumme lauten wie folgt:

4	Bremerhaven- Lehe	Stadtumbau Alte Länder- Gebiet Lehe, KiTa Batteriestraße (2017)	37,000	100,000
5	Bremerhaven- Lehe	Stadtumbau Alte Länder- Gebiet Lehe, Fritz- Husmann- Schule II (2017)	612,000	224,000
Gesamtsumme			3.860,000	1.944,000

Herr Janßen thematisiert den verminderten Umfang des Bäderkonzeptes. Es habe eine längere Debatte um das Westbad im Zusammenhang mit dem Bäderkonzept gegeben. Wenn hier in solchem Umfang Bundesmittel verwendet werden könnten, warum könne dann das Bäderkonzept nur in dieser abgespeckten Variante umgesetzt werden?

Herr Staatsrat Meyer verweist hinsichtlich des Bäderkonzeptes auf die Zuständigkeit der Sportdeputation. Die mit dieser Vorlage bewilligten Mittel waren bereits vor der Diskussion um das Bäderkonzept für das Westbad gedacht gewesen. Mehr Mittel stünden nicht zur Verfügung.

Herr Pohlmann begrüßt, dass der Ersatzbau für das Westbad möglich sei. Dies sei ein wichtiges Signal für den Stadtteil.

Beschluss:

1. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt die Auswahl des vorgeschlagenen Projektes „Ersatzneubau WESTBAD“ für das Landesprogramm Investitionspakt Soziale Integration im Quartier 2018 – 2020 in der Stadt Bremen sowie den*

Einsatz von rd. 4,860 Mio. € Bundesmitteln vorbehaltlich der Haushaltsbeschlüsse des Bundes zur Kenntnis.

2. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt die Auswahl der vorgeschlagenen Projekte „Sanierung der Kindertagesstätte Batteriestraße („Sprach-Kita“)“ und „Sanierung der Dependance der Fritz-Husmann-Schule (ehemalige St. Ansgar-Schule im Stadtteil Leherheide)“ für das Landesprogramm Investitionspakt Soziale Integration im Quartier 2018 – 2020 in der Stadt Bremerhaven sowie den Einsatz von rd. 0,972 Mio. € Bundesmitteln vorbehaltlich der Haushaltsbeschlüsse des Bundes zur Kenntnis.*

TOP 12d	Landesprogramm Städtebauförderung 2018	BdV schriftlich
----------------	---	--------------------

Herr Janßen bittet um eine Aufstellung der Verwendung der investiven Mittel.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 13	Verschiedenes	
---------------	----------------------	--

Berichtswünsche zu einer der nächsten Sitzungen:

Umgang mit Wolfssichtungen, Herdenschutz, Entschädigungen	Schriftlicher Berichtswunsch von Herr Saffe	Geplant am 01.11.2018
--	--	------------------------------

Herr Pohlmann schließt die 32. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Protokoll